

# Anträge

## Inhaltsverzeichnis

### A - Programmatik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Erfolg sichtbar machen – wie entwickelt sich der Frauenanteil in der FDP Berlin OV Schöneberg	2
A2	Gesicht zeigen! LFA Offene Gesellschaft und Diversität	3
A3	Humanitärer Schutz für gefährdete Gruppen aus der Russischen Föderation LFA Offene Gesellschaft und Diversität, Liberale Schwule und Lesben Berlin-Brandenburg	5
A4	Berufliche Bildung der Zukunft gestalten: Augmented und Virtual Reality nutzen! BV Mitte	6
A5	Eindämmung des Aggressors - Verantwortungsbewusste Unterstützung der Ukraine Fabian Pfeil (FDP KV Charlottenburg West), OV Charlottenburg West, Jens Martin Wollschlaeger (FDP KV Charlottenburg West)	8
A6	Berlin für Europa - Liberale Impulse für die Zukunft Europas LFA Europa und Internationales	11
A7	Sprachbarrieren abbauen Anna Kryszan (FDP KV Wedding), Junge Liberale Berlin	15
A8	Solidarität mit der Ukraine, Sicherheit in Europa – dem russischen Angriffskrieg entschieden entgegenzutreten Anna Kryszan (FDP KV Wedding), Junge Liberale Berlin <i>zurückgezogen</i>	17
A9	Frauenförderung als Dauerauftrag Liberale Frauen Berlin	21
A10	„Blau-Weiße Heimat“ für Hertha BSC David Nicolas Jahn (FDP KV Reinickendorf Nord), Philipp Bauer (FDP KV Charlottenburg City), Felix Maximilian Recke-Friedrich (FDP KV Charlottenburg City), Timo Bergemann (FDP KV Reinickendorf Mitte-Süd), Mark Hamilton (FDP KV Charlottenburg City), Henner Schmidt (FDP KV Charlottenburg City), BV Charlottenburg-Wilmersdorf, OV Charlottenburg City, Junge Liberale Berlin, Sven Hilgers (FDP KV Wedding), Fabian Pfeil (FDP KV Charlottenburg West), Silke Radtke (FDP KV Wilmersdorf), Julian Philipp Laschek (FDP KV Britz/Buckow/Rudow), Volker Adams (FDP KV Charlottenburg West)	23
L1	Unser Berlin gibt Perspektiven – Ein neues Grundsatzprogramm für die FDP Berlin Landesvorstand	24

## Antrag A1: Erfolg sichtbar machen – wie entwickelt sich der Frauenanteil in der FDP Berlin

Laufende Nummer: 478

Antragsteller*in:	OV Schöneberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Programmatik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die gesamte Partei hat sich mit einem Beschluss des Bundesparteitages das Ziel
- 2 gegeben, eine Parteikultur zu schaffen, die jede und jeden zur Beteiligung an der
- 3 demokratischen Willensbildung einlädt. Frauen sollen in der Partei gefördert und ihr
- 4 Anteil bei den Mitgliedern sowie in Führungsfunktionen und Mandaten gesteigert
- 5 werden. (Quelle:
- 6 [https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2019-05/7394-2019-04-28-bpt-eine-](https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2019-05/7394-2019-04-28-bpt-eine-partei-fuer-die-offene-gesellschaft-vielfaeltig-innovativ-und-engagiert.pdf)
- 7 [partei-fuer-die-offene-gesellschaft-vielfaeltig-innovativ-und-engagiert.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/import/2019-05/7394-2019-04-28-bpt-eine-partei-fuer-die-offene-gesellschaft-vielfaeltig-innovativ-und-engagiert.pdf) )
- 8 Um die Entwicklungen und Erfolge im Landesverband Berlin sichtbar zu machen, fordern
- 9 wir den Landesvorstand auf, im Rahmen der Landesparteitage künftig einen mündlichen
- 10 Bericht zu geben über die ergriffenen Maßnahmen und die Entwicklung des Frauenanteils
- 11 in der Partei im Landesverband verbunden mit einer Aussprache.

### Begründung

Nur wenn wir Erfolge sichtbar machen, erreichen wir eine Außenwirkung und damit Aufmerksamkeit beim weiblichen Teil der Berliner Bevölkerung.

## Antrag A2: Gesicht zeigen!

Laufende Nummer: 479

<b>Antragsteller*in:</b>	LFA Offene Gesellschaft und Diversität
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die moderne Gesellschaft braucht keine allgemeinen Kleidervorschriften im
- 2 öffentlichen Raum. Alle Menschen sollen ihre Oberbekleidung im öffentlichen und
- 3 nicht-öffentlichen Raum frei und ohne nötigende Einflussnahme Dritter wählen können,
- 4 soweit Erfordernisse und gesetzliche Vorgaben (wie z.B.) des Arbeits- und
- 5 Gesundheitsschutzes oder das Hausrecht dem nicht entgegenstehen.
- 6 Immer wenn Menschen hoheitliche Aufgaben wahrnehmen und damit als Vertreter und
- 7 Vertreterinnen staatlicher Gewalt agieren, ist die im Grundgesetz formulierte
- 8 Selbstverpflichtung zu diskriminierungsfreiem Auftreten und Handeln (Art 3 GG) gegen
- 9 das Recht auf freie Selbstentfaltung unter Achtung der Rechte anderer im Rahmen der
- 10 verfassungsmäßigen Ordnung (Art 2 GG) und die Glaubensfreiheit und ungestörte
- 11 Religionsausübung abzuwägen.
- 12 Bei Personen im öffentlichen Dienst tritt die individuelle Persönlichkeit hinter ihre
- 13 amtliche Funktion. Sie agieren nicht als Privatperson.
- 14 Vor diesem Hintergrund begrüßt die FDP Berlin das im Neutralitätsgesetz für Berlin
- 15 verankerte Neutralitätsgebot für den Bereich der Rechtspflege, des Justizvollzugs,
- 16 der Polizei und an öffentlichen Bildungseinrichtungen.
- 17 Die FDP wird Anpassung der gesetzlichen Grundlagen zur Sicherung der religiösen und
- 18 weltanschaulichen Neutralität staatlicher Einrichtungen und ihrer Repräsentanten an
- 19 der verbindlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts konstruktiv begleiten,
- 20 wenn die ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum
- 21 Neutralitätsgesetz Präzisierungen erfordert.
- 22 Schon vor der ausstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts appellieren wir
- 23 an die angestellten und verbeamteten Dienstkräfte im öffentlichen Dienst,
- 24 insbesondere der Rechtspflege, des Justizvollzugs und in Einrichtungen der
- 25 öffentlichen Bildung, im Interesse des allgemeinen Rechtsfriedens und der
- 26 freiheitlich-demokratischen Grundordnung: Zeigen Sie Gesicht!
- 27 Das heißt, das Gesichtsfeld (zwischen Stirn/Ansatz des Haupthaars und Kinn, wie von
- 28 Ohr zu Ohr) der angestellten und verbeamteten Dienstkräfte des öffentlichen Dienstes
- 29 soll frei bleiben, soweit zwingende Belange des Arbeits- und Gesundheitsschutzes dem
- 30 z.B. bei Einsatzkräften in Gefahrensituationen nicht entgegenstehen.
- 31 Der Staat ist grundsätzlich neutral in Fragen der Einschätzung des nicht

- 32 objektivierbaren, nur subjektiv wahrgenommenen oder zugemessenen ästhetischen,  
33 modischen, politischen oder religiösen Gehalts von Kleidungsstücken und  
34 Kopfbedeckungen.
- 35 Aus diesem Grund bleibt die Wahl der Bedeckung des Kopfes durch Haarteile oder  
36 Textilien (z.B. nach krankheitsbedingtem Haarausfall und etwa einer Chemotherapie)  
37 unabhängig von deren tatsächlichen oder unterstellter Motivation grundsätzlich  
38 zulässig.
- 39 In den wenigen verbleibenden Fällen, in denen eine großzügige Auslegung der  
40 individuellen Religionsfreiheit Ausnahmen vom Neutralitätsgebot nahelegt, streben wir  
41 pragmatische Einzelfalllösungen an. Hierfür kann die Praxis Kanada und Schottland  
42 beispielgebend sein, wo z.B. das Kopftuch bereits in die Polizeiuniform integriert  
43 ist.

## **Begründung**

Erfolg mündlich.

## Antrag A3: Humanitärer Schutz für gefährdete Gruppen aus der Russischen Föderation

Laufende Nummer: 480

<b>Antragsteller*in:</b>	LFA Offene Gesellschaft und Diversität, Liberale Schwule und Lesben Berlin-Brandenburg
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP fordert, Bürgerinnen und Bürger der russischen Föderation, die aus Opposition
- 2 zum Regime Wladimir Putins oder der orthodoxen Kirche, als Menschenrechtsaktivisten
- 3 oder wegen ihrer Zugehörigkeit einer marginalisierten Gruppe wie Lesben, Schwulen,
- 4 trans und intersexuellen Menschen, einen besonderen humanitären Schutz in Deutschland
- 5 zukommen zu lassen. Die Kriterien eines Asylverfahrens sollen angepasst werden.
- 6 Die FDP fordert, ein humanitäres Bundesaufnahmeprogramm für besonders gefährdete
- 7 Individuen aufzulegen, das auch für russische Bürger geöffnet wird, die bereits in
- 8 angrenzenden Staaten Zuflucht vor der russischen Regierung gesucht haben. Das Leben
- 9 und die Freiheit dieser Menschen ist ab dem Moment zu schützen, in dem sie als
- 10 qualifiziert für dieses Programm identifiziert werden. Der Aufenthaltsstatus dieser
- 11 Aufgenommenen soll sich an den bisherigen Aufnahmeprogrammen von Spätaussiedlerinnen
- 12 und Spätaussiedlern sowie jüdischen Zuwandernden orientieren. Die FDP fordert, die
- 13 Kosten für dieses Aufnahmeprogramm direkt aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren, um
- 14 allen Ländern eine Teilnahme zu ermöglichen.
- 15 Die FDP fordert die Bundesregierung auf, in Europa ähnliche Programme anzuregen.

### Begründung

Die russische Föderation greift seit dem 24.02. die Ukraine in unvergleichlicher Grausamkeit an. Innenpolitisch stehen die Medien unter der Kontrolle des Kremls. Präsident V. Putin bezeichnet seinen Angriffskrieg als "militärische Spezialoperation" zur "Entnazifizierung" der Ukraine. Im März drohte er jeder Opposition "Jedes Volk, und insbesondere das russische Volk, wird immer die wahren Patrioten von dem Abschaum und den Verrätern unterscheiden können, um diese einfach auszuspucken wie eine Mücke, die versehentlich in ihren Mund geflogen ist." Kurz darauf verbot die russische Regierung Menschenrechtsorganisation wie Human Rights Watch, Amnesty International und alle deutschen parteinahen Stiftungen.

## Antrag A4: Berufliche Bildung der Zukunft gestalten: Augmented und Virtual Reality nutzen!

Laufende Nummer: 481

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Programmatik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die Digitalisierung verändert unseren Alltag radikal, ob privat oder beruflich. Kaum
- 2 ein Berufsfeld bleibt von den Umschwüngen durch die rasante Entwicklung von neuen
- 3 Technologien in der Arbeitswelt unberührt. Während diese Prozesse eine große
- 4 Herausforderung für alle Betroffenen darstellen, sind sie vor allem eine enorm große
- 5 Chance. Das gilt insbesondere für die berufliche Bildung. Denn gerade hier tun sich
- 6 durch neue Technologien innovative Möglichkeiten auf. Doch die Berufsausbildung
- 7 findet nach wie vor überwiegend analog statt. Um auch die berufliche Bildung ins 21.
- 8 Jahrhundert zu holen und zukunftsfähig zu halten, muss über neue Technologien nicht
- 9 nur gesprochen werden. Stattdessen müssen die Berufsschulen sie aktiv in der Lehre
- 10 nutzen. Dabei rücken Technologien wie Augmented und Virtual Reality immer mehr in den
- 11 Fokus. Gerade für Berufe, die einen hohen Anteil an praktischen Fähigkeiten
- 12 erfordern, können virtuelle Lehrmethoden einen großen Mehrwert bringen. Wird Virtual
- 13 Reality in der Flugausbildung in Form von Flugsimulatoren oder beim Einsatztraining
- 14 der Feuerwehr bereits regelhaft eingesetzt, so lässt die Entwicklung es heute zu,
- 15 diese Technologien in noch sehr viel breiterer Form in die berufliche Ausbildung
- 16 einfließen zu lassen. Daher sprechen wir uns ausdrücklich für die Einbindung von
- 17 Augmented, sowie Virtual Reality im Berufsschulunterricht aus. Die FDP fordert
- 18 darüber hinaus, alle Berufsschulen in dem die entsprechenden Technologien zum Einsatz
- 19 gebracht werden können, bis 2024 voll umfassend und zukunftsorientiert auszustatten.

### Begründung

Die Vorteile eines derartigen Einsatzes von Augmented und Virtual Reality in der Ausbildung wären vielfältig: So kann die korrekte Nutzung von Arbeitsgeräten, bei denen durch falschen Gebrauch Verletzungsgefahr besteht, ohne Gefahren für den Auszubildenden vermittelt werden. Arbeitsunfälle in der Ausbildung werden so erheblich reduziert, ohne dabei den Lernerfolg zu mindern. Der Umgang an komplexen Maschinen oder Spezialwerkzeugen kann bereits virtuell erprobt und so der spätere reale Einsatz erfolgreicher vorbereitet werden. Auch aus ökologischen Erwägungen ist der Einsatz von virtuellen Lehrprogrammen erstrebenswert. Das gilt besonders für diejenigen Berufsausbildungen, bei denen ein hoher Materialverschleiß zu erwarten ist. Um eine nachhaltige berufliche Bildung zu gestalten, muss die Möglichkeit des Einsatzes von Virtual und

Augmented Reality besonders in diesen Ausbildungen geprüft werden. Nicht zuletzt bedeutet dieser neue Lernzugang einen spielerischen Ansatz, der viele Ausbildungsberufe gerade für junge Menschen attraktiver machen kann. In Zeiten des Fachkräftemangels ist eine solche Attraktivitätssteigerung besonders erstrebenswert.

## Antrag A5: Eindämmung des Aggressors - Verantwortungsbewusste Unterstützung der Ukraine

Laufende Nummer: 482

<b>Antragsteller*in:</b>	Fabian Pfeil (FDP KV Charlottenburg West), OV Charlottenburg West, Jens Martin Wollschlaeger (FDP KV Charlottenburg West)
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Berlin spricht sich dafür aus, der Ukraine und dem ukrainischen Volk in
- 2 dieser schweren Zeit beizustehen und so weit wie möglich zu unterstützen. Diese
- 3 Unterstützung soll sowohl humanitärer, finanzieller, als auch materieller Natur sein.
- 4 Wir begrüßen die weltweite Solidarität mit der Ukraine in diesem Angriffskrieg der
- 5 Russischen Föderation. In Anbetracht der Tatsache, dass der Angriff Russlands auf die
- 6 Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine in jeder Hinsicht ungerechtfertigt ist und
- 7 gegen das Völkerrecht verstößt, befürworten wir auch die bisherigen Waffenlieferungen
- 8 an die ukrainische Armee durch NATO-Mitgliedsstaaten.
- 9 Als FDP Berlin sind wir uns unserer Verantwortung bewusst und stehen hinter dem
- 10 aktuellen Kurs der Bundesregierung, uneingeschränkt ukrainische Kriegsflüchtlinge
- 11 aufzunehmen, sowie humanitäre Hilfsgüter in die Ukraine zu senden.
- 12 Auch die in der Vergangenheit mehrfach ausgeführten Lieferungen von leichten
- 13 Waffensystemen und Schutzausrüstung für die ukrainischen Streitkräfte befürworten wir
- 14 mit Nachdruck. Wir sprechen uns dafür aus, auch weiterhin Schutzausrüstung und
- 15 leichte Waffensysteme zur Verteidigung, sowie Munition an die ukrainischen
- 16 Streitkräfte auszuliefern. Sofern dies aus den Beständen der Bundeswehr erfolgen
- 17 kann, ohne die Kampfkraft unserer eigenen Truppen weiter zu schwächen, soll dies
- 18 weiterhin stattfinden.
- 19 Wenn diese Möglichkeit ausgeschöpft ist, so fordern wir die Lieferung von beschafften
- 20 Waffen deutscher Waffenhersteller, bzw. die Lieferung von Bundeswehrbeständen bei
- 21 gleichzeitigem eins-zu-eins-Tausch mit neuen Waffen für die Bundeswehr. So möchten
- 22 wir eine militärische Unterstützung der Ukraine ermöglichen, ohne unsere eigene
- 23 Verteidigung zu schwächen.
- 24 Als Mitgliedsstaat der Europäischen Union und der NATO begrüßen wir unsere Leitrolle
- 25 bei der Präsenz von Truppen in den baltischen Staaten, insbesondere Litauen. Unser
- 26 oberstes Ziel muss sein, die NATO und die Europäische Union vor einem Angriff
- 27 Russlands zu schützen und unseren Bündnispartnern in dieser schweren Zeit
- 28 beizustehen. Hierzu fordern wir eine deutliche Verstärkung unserer Truppenpräsenz an
- 29 der NATO-Ostflanke. Darüber hinaus sollen die dort stationierten Truppen auch und



30 gerade mit schweren Waffensystemen unterstützt werden, um glaubwürdige Abschreckung  
31 zu entfalten. Auch die Präsenz unserer Marine in der Ostsee gilt es zu intensivieren  
32 und die Seewege zu sichern.

33 Im Rahmen unserer Möglichkeiten und Rolle innerhalb der NATO streben wir eine  
34 koordinierte Lieferung von leicht bedienbaren Waffen für die ukrainischen  
35 Streitkräfte an. Hierbei nehmen wir vor allem auch die USA als größten und  
36 wichtigsten NATO-Partner in die Pflicht. Die Lieferung komplexer Waffensysteme aus  
37 Beständen oder durch Beschaffung sehen wir klar in den Händen der Vereinigten Staaten  
38 als die größte westliche Streitkraft. Die Koordination solcher sensiblen  
39 militärpolitischen Optionen verlangt eine umfassende Abstimmung mit allen NATO-  
40 Partnern und eine realistische Kalkulation der möglichen Folgen auf allen Seiten  
41 unter Einbezug der Fähigkeiten ukrainischer Soldaten, zu denen die USA bestens  
42 geeignet sind. Ein Vorstoß dagegen unter Druck einzelner europäischer Länder, zu  
43 unkoordinierten deutschen Lieferungen komplexer schwerer Waffensysteme, lehnen wir  
44 hingegen ab. Für uns gilt es, in Zukunft auch wieder mit politischen Mitteln in das  
45 Geschehen eingreifen zu können, um den militärischen Konflikt bestenfalls zu beenden,  
46 in jedem Falle zu begrenzen. Dazu muss sich die Bundesregierung alle erdenklichen  
47 Spielräume offenhalten. Wir sind in wachsender Sorge darüber, dass die Deutschland  
48 gegenüber bis zum offenen diplomatischen Affront reichende, zusehends unversöhnliche  
49 Umgehensweise maßgeblicher Repräsentanten der Ukraine und ihrer diplomatischen  
50 Vertreter Ziele verfolgt, die immer weniger mit deutschen Interessen in Einklang  
51 stehen. Je stärker die militärische Unterstützung der Ukraine durch etwaige  
52 Lieferungen auch schwerer, offensivfähiger Waffensysteme würde, umso tiefer wäre die  
53 Bundesrepublik in den militärischen Konflikt hineingezogen und würde sich ihrer  
54 Einflussnahme auf nichtmilitärischem Parkett und im Falle eines Schweigens der Waffen  
55 begeben. Das kann nicht im deutschen Interesse sein.

56 Das Handeln der russischen Führung zeigt, dass Russland sich nicht an Gesetze,  
57 Konventionen und internationale Gepflogenheiten hält. Dazu kommen offensichtlich  
58 falsche Behauptungen, mit denen sie sich zu rechtfertigen versucht. Russland hat in  
59 der Vergangenheit mehrfach deutlich gemacht, dass es schon die wirtschaftlichen  
60 Sanktionen als Eingriff in den Krieg betrachtet. Wir als FDP Berlin möchten  
61 vermeiden, dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zu einem  
62 unkalkulierbaren Weltkrieg ausartet. Auch in Anbetracht dessen, dass Russland als  
63 Atommacht vermehrt direkt und indirekt mit Nuklearschlägen droht, müssen wir unser  
64 Handeln kalkulieren und die Folgen gewissenhaft abschätzen. Dies gilt nicht nur zu  
65 unserem eigenen, sondern auch zum Wohle der ukrainischen Zivilbevölkerung.

66 Wir verurteilen den Einsatz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen, sowie  
67 die Verbrechen an ukrainischen Bürgerinnen und Bürgern durch das russische Militär  
68 aufs Schärfste. Wir fordern in Anbetracht dessen auch mit unseren Partnern  
69 abgestimmte, neue Sanktionspakete der EU gegen die russische Wirtschaft und russische  
70 Einzelpersonen. Diese Sanktionspakete dürfen jedoch nicht dazu führen, dass die  
71 heimische Wirtschaft, die ohnehin durch die Corona-Pandemie und die bisherigen  
72 Auswirkungen infolge des Kriegs in der Ukraine stark geschwächt ist, weitere  
73 Nachteile erleidet. Die aktuelle Rekordinflationsrate sorgt bereits dafür, dass die

74 Lebenshaltungskosten hierzulande überproportional stark gestiegen und gerade für  
75 Alleinstehende und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen deutliche Einbußen zu  
76 spüren sind. Auch lassen sich die Weichenstellungen deutscher Energiepolitik der  
77 vergangenen 20 Jahre seriös nicht in wenigen Wochen oder Monaten korrigieren.

78 Ebenso müssen wir bei aller Solidarität eingestehen, dass die Ukraine weder Mitglied  
79 des Verteidigungsbündnisses NATO noch bislang der Europäischen Union ist. Vor diesem  
80 Hintergrund muss unser Handeln und unsere Unterstützung für die ukrainischen  
81 Streitkräfte wohl überlegt sein, wie die Einschnitte für die heimische Wirtschaft und  
82 einhergehend der deutschen Bevölkerung durch Sanktionspakete gegen Russland. Bei  
83 allen verständlichen Emotionen gilt es für uns als Freie Demokraten, weiterhin einen  
84 kühlen Kopf zu bewahren und ein Maß der Mitte zu finden, mit dem wir einerseits der  
85 Ukraine helfen, andererseits Russland schwächen und uns selbst nicht  
86 unverhältnismäßig stark einschränken. Vordergründigem, öffentlichen Druck nicht  
87 nachzugeben, sondern klug, besonnen und rechtzeitig auf jede Lage vorbereitet zu  
88 sein, dazu verpflichten uns das außenpolitische Erbe eines Hans-Dietrich Genscher und  
89 Guido Westerwelles. Hierzu bekennt sich die Berliner FDP gerade in diesen Tagen  
90 angesichts der russischen Aggression auf europäischem Boden aufs Neue und umso  
91 entschiedener.

## Antrag A6: Berlin für Europa - Liberale Impulse für die Zukunft Europas

Laufende Nummer: 483

Antragsteller*in:	LFA Europa und Internationales
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Programmatik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Nach einer Vielzahl an Krisen in und um Europa ist der Reformbedarf für die
- 2 Europäische Union groß. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet die Chance über die
- 3 Tagespolitik und die Krisenbewältigung hinaus konkrete Vorschläge für die
- 4 Weiterentwicklung der Europäischen Union zu erarbeiten. Nach zwei Jahren Pandemie und
- 5 dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ist die
- 6 Notwendigkeit dieser Weiterentwicklung gestiegen, aber die Konferenz in den
- 7 Hintergrund gerückt.

### 8 Unser Anspruch an die Zukunftskonferenz

- 9 Wir Freien Demokraten haben uns dafür eingesetzt, dass sich die Zukunftskonferenz auf
- 10 zentrale Politikfelder konzentriert, die für unsere gemeinsame Zukunft langfristig
- 11 von Relevanz sind, und dafür die Leitlinien, Ziele und Prioritäten definiert. Für uns
- 12 geht es darum, die EU für die Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit
- 13 handlungsfähig aufzustellen. Der zunehmend eskalierende Systemwettbewerb zwischen
- 14 Demokratien und Autokratien genauso wie Klimawandel, Energieversorgungssicherheit und
- 15 Pandemien lassen sich nur mit einem gestärkten Europa begegnen. Wir brauchen die EU
- 16 als einen marktwirtschaftlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen
- 17 Stabilitätsanker in einem geopolitischen Umfeld, das immer mehr von
- 18 staatskapitalistischer Unterminierung fairen Wettbewerbes und dem aggressiven
- 19 Verhalten autokratischer Staaten geprägt wird. Darauf muss die EU mit offener,
- 20 strategischer Souveränität sowie engerer Zusammenarbeit in der NATO und weiteren
- 21 demokratischen Staaten reagieren. Der Multilateralismus hat uns in den letzten sieben
- 22 Jahrzehnten Wohlstand und Stabilität gebracht. Damit dies auch in Zukunft gilt,
- 23 braucht die EU insgesamt effektivere Strukturen. Für uns ist das Ziel klar:

- 24 Wir Freien Demokraten wollen nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas einen
- 25 Verfassungskonvent einberufen. Dieser Konvent sollte einer dezentral und föderal
- 26 verfassten Union eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog und
- 27 starken Institutionen geben. Über die neue Europäische Verfassung sollen die
- 28 Bürgerinnen und Bürger der EU in einer gemeinsamen europäischen Volksabstimmung
- 29 entscheiden und damit die Grundlage für einen föderal und dezentral verfassten
- 30 Europäischen Bundesstaat schaffen. Wir sind stolz, dass es im Koalitionsvertrag der

31 neuen Bundesregierung ein klares Bekenntnis zum Ziel eines europäischen Bundesstaates  
32 gibt. Doch auf dem Weg dahin braucht es weitere konkrete Integrationsschritte und  
33 Anstrengungen aller politischen Ebenen.

#### 34 **Von der Zukunftskonferenz in die Europawahl**

35 Damit die dringend benötigten Reformimpulse nicht nur erarbeitet, sondern auch in der  
36 Bevölkerung – auch in Präsenz und ohne Maske – diskutiert werden können, sollte die  
37 Zukunftskonferenz, wie ursprünglich geplant über zwei Jahre gehen, und bis Herbst  
38 2023 verlängert werden.

39 Der vertiefte Meinungsbildungsprozess über die bereits erarbeiteten Themenbereiche  
40 der Zukunftskonferenz und die intensivere Debatte über die Neupositionierung in der  
41 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik unserer Union wären dann die Grundlage  
42 einer europaweiten Auseinandersetzung über die Zukunft Europas in den Wahlen zum  
43 Europäischen Parlament im Frühjahr 2024. Denn so wichtig vielfältige  
44 Beteiligungsformate sind, am Ende wird in demokratischen Wahlen entschieden. Die  
45 Zukunftskonferenz kann damit ebenfalls einen Beitrag leisten unsere parlamentarische  
46 Demokratie zu stärken. Aus diesen Gründen kann der für den 9. Mai 2022 erwartete  
47 gemeinsame Bericht der drei EU-Institutionen zur Zukunftskonferenz nur als  
48 Zwischenbericht angesehen werden.

49 Wir Freien Demokraten wollen die Weiterentwicklung der Europäischen Union, auch  
50 unabhängig davon, ob die Zukunftskonferenz formell fortgesetzt wird. Wir wollen  
51 deshalb in den nächsten Schritten die im Konsens erarbeiteten Vorschläge der  
52 Zukunftskonferenz ernstnehmen und in konkrete Politik gießen. Aus diesem Grund  
53 fordern wir die erarbeiteten Zukunftsideen folgendermaßen zu prüfen:

- 54 • Umsetzungsmöglichkeit im bestehenden gesetzlichen EU-Vertragsrahmen: Hierzu  
55 ermutigen wir die Bundesregierung, wenn nötig, von der Möglichkeit der  
56 verstärkten Zusammenarbeit Gebrauch zu machen, um nächste Integrationsschritte  
57 anzustoßen.
- 58 • Die Bürgerinnen und Bürger Berlins haben sich in unterschiedlichen  
59 Dialogformaten und über digitale Plattformen in den letzten Monaten mit den  
60 europäischen Zukunftsfragen beschäftigt. Deshalb fordern wir den Berliner Senat  
61 und das Abgeordnetenhaus auf jene Themen aufzugreifen und zu behandeln, die in  
62 ihrem Kompetenzbereich liegen.
- 63 • Die Berliner Bezirksverwaltungen sind über die Europabeauftragten eng in die  
64 Stadtgesellschaft eingebunden. Die Berlinerinnen und Berliner dürfen über die  
65 weitere Entwicklung ihrer Ideen nicht im Unklaren gelassen werden. Den  
66 Beteiligungsprozess ohne Feedback an die Bürgerinnen und Bürger zu beenden würde  
67 letztendlich Frust und Verdrossenheit erzeugen.

#### 68 **Europäische Städte für europäische Werte**

69 In der verlängerten Zukunftskonferenz sollen Hauptstädte und urbane Zentren eine  
70 größere Rolle übernehmen. Beide tragen in der EU eine zunehmende Verantwortung für

71 die Gestaltung und Vertiefung der europäischen Integration. Während Menschen in  
72 urbanen Zentren in der Öffentlichkeit häufig als entkoppelt vom Rest des Landes  
73 dargestellt werden, machen sie einen immer größeren Anteil der Bevölkerung aus. Mit  
74 ihren liberalen Werten und freiheitlichen Lebenseinstellungen bilden Großstädte vor  
75 allem in Mitgliedsstaaten, in denen Freiheit und Rechtsstaatlichkeit bedroht sind,  
76 wichtige Oppositionszentren. In der Vernetzung der urbanen Zentren besteht ein  
77 enormes Potential zur Weiterentwicklung der EU. Berlin ist nicht nur eine pulsierende  
78 Metropole im Herzen Europas, sondern auch seit über 25 Jahren Mitglied von  
79 Eurocities, der größten europäischen Städtevereinigung. Diese Organisation bietet den  
80 Rahmen, um urbane Interessen und Ideen in die Zukunftskonferenz einzubringen.

81 Wir fordern daher:

- 82 • Das Abgeordnetenhaus und der Senat sollten eine führende Rolle einnehmen, wenn  
83 es darum geht, europäische Städte als Verstärker europäischer Werte einzusetzen.
- 84 • Berlin sollte sich mit seinen Partnerstädten Warschau und Budapest für eine  
85 gemeinsame Initiative zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und  
86 Demokratie in der EU einsetzen. Beide Städte werden von Bürgermeistern regiert,  
87 die sich in Opposition zu ihren euroskeptischen Regierungen befinden.
- 88 • Das Abgeordnetenhaus und der Senat sollten eine gemeinsame Initiative „European  
89 capitals for rule of law (ECRL)“ unter Beteiligung der Berliner EU-Partnerstädte  
90 (Paris, Madrid, Budapest, Prag, Brüssel, Warschau) für Freiheit und  
91 Rechtsstaatlichkeit initiieren, an der sich weitere EU-Hauptstädte beteiligen  
92 können.
- 93 • Das Abgeordnetenhaus und der Senat sollten sich darüber hinaus im Rahmen von  
94 Eurocities für die Unterstützung der ECRL- Initiative einsetzen.

## 95 **Europäische Städte für den Wiederaufbau einer freien Ukraine**

96 Immer wieder übernehmen Städte und Metropolen auch in Krisen Verantwortung über ihre  
97 Grenzen hinaus. Dieses Engagement kann koordiniert auch einen Beitrag für die Ukraine  
98 leisten. Der Krieg in der Ukraine hinterlässt unvorstellbares menschliches Leid,  
99 zerstörte Städte, Dörfer und Infrastruktur. In europäischen Städten und Metropolen  
100 leisten Ehrenamtliche und Kommunen bereits viel, um geflüchteten Menschen aus der  
101 Ukraine zu helfen. Nach dem Ende des Krieges oder zumindest bei einer Befriedung in  
102 großen Landesteilen benötigen die Menschen und Kommunen finanzielle und technische  
103 Unterstützung beim Wiederaufbau.

104 Wir fordern die regierende Bürgermeisterin sowie die Senatsverwaltung für Kultur und  
105 Europa auf, sich für eine europaweite Kooperationsinitiative für den Wiederaufbau  
106 ukrainischer Städte einzusetzen. In dieser Initiative sollen jeweils Gruppen aus  
107 mehreren europäischen Hauptstädten die Patenschaft für eine ukrainische Großstadt  
108 übernehmen und beim Wiederaufbau mit finanziellen Mitteln und vor allem technischer  
109 und personeller Unterstützung aus der Stadt-, Raum- und Infrastrukturplanung,  
110 Architektur, Bauingenieurwesen, Verkehr sowie weiteren relevanten Bereichen helfen.  
111 Dabei wollen wir auch den Austausch zwischen kommunalen Entscheidungsträgern fördern,  
112 um eine aktive städtische und demokratische Zivilgesellschaft in der Ukraine zu

113 unterstützen. Durch das koordinierte Vorgehen wird sichergestellt, dass die  
114 Ressourcen auch zielgerichtet an den relevanten Stellen und in benötigter Menge  
115 ankommen. Mit einer gemeinsamen Initiative können die Hauptstädte und Metropolen der  
116 Europäischen Union nicht nur den Wiederaufbau einer freien und europäischen Ukraine  
117 unterstützen, sondern deutlich machen, wie effektiv ihre Kooperation auch  
118 international sein kann.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag A7: Sprachbarrieren abbauen

Laufende Nummer: 484

Antragsteller*in:	Anna Kryszan (FDP KV Wedding), Junge Liberale Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Programmatik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wie das Statistische Bundesamt auf Basis des  
2 Mikrozensus mitteilt, hatten 2019 21,2 Mio. bzw. 26 % der Bevölkerung einen  
3 Migrationshintergrund. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,1 % im Vergleich zum  
4 Vorjahr. Wir erachten diese ethnische Vielfalt als Vorteil für unsere Gesellschaft.  
5 Das Ziel aller Bestrebungen muss das friedvolle Zusammenleben aller  
6 Bevölkerungsgruppen sein. Menschen mit Migrationshintergrund sind ein fester  
7 Bestandteil Deutschlands. Damit aber Integration wirklich gelingen kann, müssen wir  
8 anfangen, Integrationspolitik anders zu denken. Vor allem bei der Sprachbildung und  
9 bei Sprachbarrieren müssen wir liberal denken. Wir wissen, dass für eine gelungene  
10 Integration das Deutschlernen unabdingbar ist. Wir möchten das Lernen einer neuen  
11 Sprache aber als Chance vermitteln und nicht als Zwang. Wir möchten zeigen, dass das  
12 Lernen der deutschen Sprache von Vorteil sein kann, insbesondere wenn es darum geht,  
13 ein erfülltes Leben zu führen. Unzählige Behördengänge mangels Digitalisierung,  
14 berufliche Bildung und interkultureller Dialog sind nur einige Bereiche, in denen das  
15 Beherrschen der deutschen Sprache wichtig ist.

### 16 **SPRACHLICHE VIELFALT IN DEN SCHULEN**

17 Wir wollen, dass Menschen mit Migrationshintergrund das Erlernen der deutschen  
18 Sprache als Zugewinn sehen. Wir wollen nicht, dass sie ihre eigene Sprache vergessen.  
19 Die Vorteile der bilingualen bzw. mehrsprachigen Erziehung sind uns bewusst: Sie  
20 fördert den Lernprozess, die kognitiven Fähigkeiten und die Konzentrationsfähigkeit.  
21 Auch in kultureller Hinsicht haben bilinguale bzw. mehrsprachige Sprecher\*innen den  
22 Vorteil, dass sie bei kulturellen Unterschieden offener und sensibler sind. Deshalb  
23 wollen wir Grundschulen und weiterführende Schulen in Berlin bei der Etablierung  
24 vielfältiger Fremdsprachen als Zusatzunterricht z.B. in Türkisch, Arabisch und  
25 Polnisch unterstützen, sofern die Schulen über genügend Nachfrage und Kapazität  
26 verfügen. Dieser ersetzt nicht den Englisch-, Französisch- und Spanischunterricht.  
27 Der Zusatzunterricht soll bei der Verbesserung der nicht-deutschen Sprache helfen.  
28 Mit dem Zusatzunterricht möchten wir nicht nur die Sprachbildung fördern, sondern wir  
29 wollen den Schüler\*innen auch mehr über ihre Kultur beibringen. Ziel ist, dass sich  
30 die Schüler\*innen auch kritisch mit ihrer eigenen Kultur befassen. Der  
31 Zusatzunterricht soll durch externe Lehrer\*innen unterrichtet werden, die auch dafür  
32 qualifiziert sind. Beispielsweise sollten sie die jeweilige Sprache studiert haben

33 oder diese im Ausland erlernt haben. Ein weiteres Problem von Sprachbarrieren, die  
34 Kinder betreffen, sind Elternabende. Oftmals müssen Kinder mit auf Elternabenden  
35 anwesend sein, weil ihre Eltern noch nicht Deutsch sprechen können. Um eine gelungene  
36 und klare Kommunikation zwischen Lehrer\*innen und Eltern zu ermöglichen, wollen wir  
37 bei Bedarf Dolmetscher\*innen auf Elternabenden an allen Schulen einsetzen. Einige  
38 Schulen machen dies bereits mit dem Gemeindedolmetscherdienst. Finanzielle Mittel  
39 sollen dabei vom Senat gestellt werden.

#### 40 **MEHRSPRACHIGKEIT IN BEHÖRDEN**

41 Sprachbarrieren existieren vor allem auch auf den Internetseiten der Behörden. Nicht  
42 alles auf den Internetseiten der Behörden wird übersetzt. Wir fordern daher eine  
43 bessere und umfangreichere Arbeit beim Übersetzen von allen Meldungen und  
44 Informationen auf den Internetseiten der Behörden. Zudem müssen alle Behörden  
45 Übersetzungen in mehreren Sprachen anbieten. Englisch als alternative Sprachauswahl  
46 kann nicht ausreichend sein. Digitale Angebote der Behörden müssen endlich service-  
47 und bürgerorientierter werden. Deshalb fordern wir ein mehrsprachiges barrierefreies  
48 Angebot auf der digitalen Plattform Service-Portal Berlin. Zudem leben die Berliner  
49 Bezirke von ehrenamtlichen Organisationen und Vereinen, die die Vielfalt dieser  
50 großartigen weltoffenen Stadt widerspiegeln.

51 Wir wollen daher mit der digitalen Bereitstellung mehrsprachiger Informationen durch  
52 öffentliche Stellen die ehrenamtliche Tätigkeit auf lokaler Ebene stärken und die  
53 ehrenamtlichen Organisationen fördern. Beim Abschicken des digitalen Antrags soll  
54 dieser automatisch ins Deutsche übersetzt sein. Des Weiteren fordern wir, dass  
55 generell mehr Hilfsangebote für Menschen, die Schwierigkeiten beim Ausfüllen von  
56 Anträgen haben. Die Corona-Pandemie hat noch mal verdeutlicht, wie wichtig es ist,  
57 dass Behörden auf Mehrsprachigkeit setzen. Wichtige Informationen mit dem Umgang mit  
58 Corona wurden erst viel zu spät in anderen Sprachen angeboten, sodass Menschen, die  
59 kein Deutsch sprechen, keinen Zugang zu diesen Informationen hatten. Wir sehen, dass  
60 Falschmeldungen und fehlerhafte Informationen zu enormer Angst führen können. Um auch  
61 Migranten\*innen richtige Informationen zugänglich zu machen, muss bei zukünftigen  
62 Pandemien von Anfang an auf Mehrsprachigkeit gesetzt werden.



## Antrag A8: Solidarität mit der Ukraine, Sicherheit in Europa – dem russischen Angriffskrieg entschieden entgegenzutreten

Laufende Nummer: 486

<b>Antragsteller*in:</b>	Anna Kryszan (FDP KV Wedding), Junge Liberale Berlin
<b>Status:</b>	zurückgezogen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

1 Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist erschütternd und das vorzeitige Ende  
2 des Traumes von Frieden in Europa. Er ist zugleich ein Angriff auf die Demokratie,  
3 auf die internationale Friedensordnung und auf die Stabilität in Europa. Die Bilder  
4 und Nachrichten der Zerstörung, der humanitären Katastrophen in belagerten Städten  
5 wie Mariupol und die schweren Menschenrechtsverbrechen, die in Butscha dokumentiert  
6 wurden und in weiteren Teilen der Ukraine zu befürchten sind, erschüttern uns und  
7 machen uns tief betroffen. Die Freien Demokraten stehen fest und entschlossen an der  
8 Seite der Ukraine. Deshalb wollen wir die Ukraine mit Waffenlieferungen und  
9 Sanktionen gegen Russland bei der Verteidigung ihrer territorialen Integrität  
10 unterstützen.

11 Daher ist es notwendig, jetzt entschlossen und konsequent vorzugehen, um der Ukraine  
12 beizustehen, die Sicherheit in Europa zu schützen und dem Morden ein Ende zu setzen.

13

14 Wir fordern daher:

15

16 Bisher arbeiten die beiden Staaten Schweden und Finnland mit der NATO eng zusammen,  
17 sind aber keine Mitglieder. Angesichts der aktuellen Lage sollte die deutsche  
18 Bundesregierung innerhalb der NATO als auch in direkten Gesprächen mit den beiden  
19 Ländern deutlich machen, dass sie in der NATO jederzeit willkommen sind, sollten sie  
20 sich für einen Beitritt entscheiden. Dadurch kann die Sicherheit in diesen Ländern  
21 gestärkt und die Handlungsoptionen der NATO erweitert werden. Zudem ist es jetzt  
22 wichtig, Stärke zu zeigen und nicht die Konfrontation mit Russland zu scheuen.

23 Im Hinblick auf Georgien sollten Gespräche begonnen werden über einen zukünftigen  
24 möglichen NATO-Beitritt und geklärt werden, welche Bedingungen (unter anderem eine  
25 stabile demokratische Regierung) hierfür erfüllt werden müssen. Auch dies setzt ein  
26 Zeichen dafür, dass die NATO bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

27 Die NATO-Mission Enhanced Forward Presence in Polen und dem Baltikum sowie die  
28 Beteiligung der Bundeswehr an dieser Mission soll beibehalten werden. Wir  
29 unterstützen eine Ausweitung der Mission auf Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und  
30 Ungarn. Die Truppenstärke und die Bereitschaft der NATO Response Force einschließlich  
31 der Very High Readiness Joint Task Force (VJTF) ist deutlich zu erhöhen.

32

- 33 Der Krieg in der Ukraine wird zu einer Zunahme an Flüchtlingen führen, auf diese muss  
34 sich die Bundesrepublik Deutschland vorbereiten und alle notwendigen Voraussetzungen  
35 dafür schaffen, so vielen Menschen wie möglich in Sicherheit zu bringen.
- 36 Die deutsche Bundesregierung soll zudem sich in der EU für eine gemeinschaftliche  
37 Zusammenarbeit einsetzen, sodass sich Probleme aus vergangenen Krisen möglichst nicht  
38 wiederholen und die EU zeigen kann, dass sie geschlossen zusammensteht.
- 39
- 40 Im Falle, dass die russischen Streitkräfte Kiew einnehmen, soll der ukrainischen  
41 Regierung die Möglichkeit angeboten werden, ihre Regierung von Berlin aus fortführen  
42 zu können. Außerdem soll die deutsche Regierung jetzt schon erklären, die in einem  
43 solchen Falle von der russischen Regierung installierte neue Regierung in der Ukraine  
44 nicht anzuerkennen.
- 45
- 46 Die Bundesrepublik soll sich eindeutig zu ihren Positionen bekennen, vor allem im  
47 Angesicht der deutschen Geschichte ist es daher wichtig, verlässlich zu seinen  
48 Partnern zu stehen und diesen – auch mithilfe von Waffenlieferungen – beizustehen.
- 49 Die Ukraine soll mit Blick auf Ausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter zu einem NATO-  
50 gleichgestellten Land eingestuft werden. Deutschland soll gemeinsam mit der EU und  
51 der NATO die Notwendigkeit einer dauerhaften monetären Förderung der ukrainischen  
52 Streitkräfte prüfen. Mit Blick auf die potenziell noch lange Dauer des Krieges und  
53 den stetigen Schwund an Material soll die Bundeswehr gemeinsam mit ihren europäischen  
54 Partnern an der europäischen Grenze zur Ukraine die ukrainischen Streitkräfte an  
55 Rüstungstechnik, die in naher Zukunft im Kriegsverlauf benötigt wird und nicht aus  
56 den sowjetischen Altbeständen kompensiert werden kann, schnellstmöglich und ab sofort  
57 ausbilden. Außerdem sollen mit den europäischen Verbündeten Tauschgeschäfte  
58 organisiert werden, sodass die Ukraine Waffensysteme aus sowjetischer Produktion  
59 unverzüglich erhält und die europäischen Verbündeten moderne Systeme aus westlicher  
60 Produktion als Ersatz erhalten. EU und NATO sollen Vorbereitungen treffen, um im  
61 höchst unwahrscheinlichen Fall eines militärischen Konfliktes mit Russland die  
62 Zivilbevölkerung vor konventionellen und nicht konventionellen Angriffen zu schützen.
- 63 Dazu gehört für uns die Erfüllung der zugesagten und vertraglich vereinbarten  
64 Leistungen, insbesondere die Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO und wir  
65 befürworten die beschlossene Umsetzung durch die Bundesregierung.
- 66 Der Angriff auf die Ukraine zeigt, dass Sicherheit in Europa neu- und weitergedacht  
67 werden muss, daher fordern wir hiermit erneut die Einrichtung einer europäischen  
68 Armee.
- 69
- 70 Wir befürworten, die Ukraine als Beitrittskandidaten der EU zu betrachten. Nachdem  
71 sollte mit der Ukraine zusammen ein Plan ausgearbeitet werden, um Reformen auf dem  
72 Weg zu bringen, sodass die Ukraine die Bedingungen für einen EU-Beitritt erfüllen  
73 kann.
- 74 Eine unvorbereitete, schnelle Aufnahme widerspricht der Idee der EU und wird auch der

75 Ukraine nicht gerecht. Daher soll diese erst aufgenommen werden, wenn die  
76 Beitrittsbedingungen erfüllt sind.

77

78 Die massenhaften Importe von Gas, Öl und Kohle durch Deutschland finanzieren das  
79 russische Regime und den russischen Angriffskrieg.

80 Wir setzen uns daher dafür ein, die bundesdeutsche und europäische Energieversorgung  
81 schnellstmöglich deutlich breiter aufzustellen, um die energiepolitische Abhängigkeit  
82 von der Russischen Föderation auf ein Minimum zu reduzieren.

83 Kurzfristig wollen wir russische Gasimporte auch durch Flüssiggasimporte aus anderen  
84 Staaten ersetzen. Hierzu sind auch in Deutschland mehrere LNG-Terminals zu errichten,  
85 insbesondere der Bau von LNG-Terminals in Brunsbüttel, Stade und Wilhelmshaven muss  
86 umgehend umgesetzt werden. Zur Beschleunigung soll verstärkt auf das Instrument der  
87 Legalplanung sowie die Erteilung von Teilgenehmigungen verbunden mit einer  
88 Haftungsübernahme des Bundes zurückgegriffen werden. Auch ein verstärkter Rückgriff  
89 auf die LNG-Terminals auf der iberischen Halbinsel ist durch einen besseren Anschluss  
90 dieser Terminals an das europäische Pipelinennetz erforderlich und sofort zu  
91 veranlassen. Dazu soll sich die Bundesregierung auf EU-Ebene für die zügige Umsetzung  
92 der zwischen Spanien und Frankreich bereits in Planung befindlichen Gaspipeline  
93 einsetzen. Darüber hinaus soll Erdgasfracking in Deutschland vorangetrieben werden,  
94 um einen Beitrag zur Energieunabhängigkeit zu leisten.

95

96 Der SWIFT-Ausschluss hat dem Rubel und damit der russischen Kriegsfinanzierung  
97 bedeutend geschadet. Gleichzeitig war der Ausschluss nicht konsequent genug und von  
98 mehreren Ausnahmen geprägt. Daher fordern die Freien Demokraten, alle russischen  
99 Banken sofort und ausnahmslos vom SWIFT-Zahlungsverkehr auszuschließen.

100

101 Bisher werden die journalistisch und zivilgesellschaftlich erarbeiteten Informationen  
102 über Oligarchen, die Putin nahestehen, nicht hinreichend mit den auferlegten  
103 Sanktionen verknüpft. Die Freien Demokraten fordern deshalb eine Ausweitung der  
104 bestehenden Sanktionsliste um die von der Stiftung von Alexei Nawalny zur Verfügung  
105 gestellten Namen sowie deren Familien. Zur konsequenten Durchsetzung fordern wir die  
106 schnelle Schaffung einer bürgerrechtskonformen Rechtsgrundlage zur Aufspürung von  
107 sanktioniertem Vermögen, eine bessere Vernetzung und einen besseren Datenaustausch  
108 zwischen den Behörden. Außerdem fordern die Freien Demokraten, dass die Praxis der  
109 Goldenen Pässe in der Europäischen Union unverzüglich gestoppt und mittelfristig  
110 abgeschafft werden muss.

111

112 Mit seinem perfiden Angriffskrieg auf die Ukraine und der Vorbereitung dessen durch  
113 u. a. der vorsätzlichen Reduzierung von Gas in deutschen Lagerkapazitäten hat Putin-  
114 Russland bewiesen, dass es nicht als Partner in der Energiepolitik taugt. Deshalb  
115 darf eine Inbetriebnahme der Pipeline Nord Stream 2 in der Zukunft grundsätzlich  
116 nicht mehr infrage kommen.

117

118 Im Falle einer weiteren Eskalation im Krieg z. B. dem Einsatz von ABC-Waffen oder  
119 weiteren Zuspitzung systematischer Menschenrechtsverbrechen ist auch ein  
120 Handelsverkehr mit Russland nicht mehr denkbar. Deshalb fordern wir ein  
121 vollumfängliches Handelsembargo auf nationaler und auf EU-Ebene mit Ausnahme  
122 humanitär relevanter Güter. Dazu zählt insbesondere die Schließung aller Häfen für  
123 russische Schiffe und Güter. Außerdem soll allen Schiffen unter europäischer  
124 Beflagung das Anlaufen russischer Häfen untersagt werden.

125

126 Für russische Studierende, die wegen ihrer oppositionellen Haltung exmatrikuliert  
127 wurden, wollen wir ein Stipendienprogramm für ein Studium in Deutschland schaffen.

128

129

130

131

132 Viele russische Bürger planen oder befinden sich bereits auf der Flucht. Einige von  
133 ihnen sind Opfer polizeilicher Gewalt oder gar Folter geworden und benötigen dringend  
134 medizinische und psychologische Hilfe. Aus Sicht der Freien Demokraten sollte sich  
135 Deutschland mit seinen EU-Partnern aktiv koordinieren, um den Opfern politischer  
136 Gewalt diese wichtige Hilfe zukommen zu lassen. Außerdem soll die Visa-Vergabe an  
137 russische und belarusische Oppositionelle kurzfristig vereinfacht werden,  
138 insbesondere für solche, die ihr Land bereits verlassen haben. Diese humanitären Visa  
139 sollen Bewegungs- und Berufsausübungsfreiheit ermöglichen, was gerade für  
140 Medienschaffende essenziell ist, um weiter gegen das Putin-Regime und dessen  
141 Propaganda arbeiten zu können. Der Zugang in die Künstlersozialkasse für diesen  
142 Personenkreis ist zu empfehlen.

143

144 Die Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Moskau besteht seit 1991 und wurde nach  
145 der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges als Zeichen der Freundschaft  
146 und Verständigung geschlossen. Trotz der russischen Aggression nach außen und des  
147 zunehmend autoritären Regierungsstils Putins nach innen war es Berlin wichtig, auf  
148 lokaler Ebene weiter mit Moskau zusammenzuarbeiten. Nach dem Beginn des brutalen  
149 russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine muss diese Kooperation enden. Wir fordern  
150 den Senat dazu auf, die Städtepartnerschaft sofort auszusetzen und die finanziellen  
151 Einsparungen der Ukraine zugutekommen zu lassen.

## Antrag A9: Frauenförderung als Dauerauftrag

Laufende Nummer: 487

<b>Antragsteller*in:</b>	Liberale Frauen Berlin
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Auf dem 70. Bundesparteitag der FDP im Jahr 2019 haben wir Freie Demokraten mit dem
- 2 Antrag „Eine Partei für die offene Gesellschaft: vielfältig, innovativ und engagiert“
- 3 beschlossen, wie wir uns als Partei für die offene Gesellschaft aufstellen wollen und
- 4 dabei den Frauenanteil in Mitgliedschaft, Führungsfunktionen und Mandaten erhöhen
- 5 können. Als Freie Demokraten haben wir uns darauf geeinigt vom Ziel her zu denken und
- 6 haben deshalb beschlossen, dass die Landesverbände mit dem Bundesverband
- 7 Zielvereinbarungen abschließen. Auch der Landesverband Berlin hat daraufhin im Jahr
- 8 2020 eine Zielvereinbarung mit dem Bundesverband abgeschlossen, um eine größere
- 9 Repräsentanz von Frauen in der ersten Reihe und mehr engagierte Frauen in der
- 10 Mitgliedschaft zu erreichen.
- 11 Konkret legt die abgeschlossene Zielvereinbarung die folgenden messbaren Ziele fest:
- 12 Die Anzahl der Funktionsträgerinnen über alle Ebenen des Landesverbandes hinweg wird
- 13 gegenüber dem Stand vom 27.01.2020 um die Anzahl 5 erhöht. Die Anzahl von
- 14 Mandatsträgerinnen wird gegenüber dem Stand nach der Landtagswahl 2016 und der
- 15 Bundestagswahl 2017 um die Anzahl 2 erhöht. Neben diesen klar messbaren Zielen wurden
- 16 sechs weitere qualitative Ziele vereinbart. Diese beziehen sich auf die Wahl von zwei
- 17 Vertrauenspersonen, die Einrichtung eines Empowerment-Programms, die zeitliche
- 18 Konzeption von Parteiveranstaltungen und Veranstaltungsterminen, eine anonymisierte
- 19 Umfrage unter weiblichen Mitgliedern und das aktive Werben um weibliche Kandidaturen.
- 20 Bis zum 31.05.2022 sollen die Ziele laut Vereinbarung erfüllt sein.
- 21 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 22 Um eine Bestandsaufnahme über die abgeschlossene Zielvereinbarung des Landesverbandes
- 23 Berlin mit dem Bundesverband vorzunehmen und Frauenförderung als existentiellen
- 24 Dauerauftrag ernst zu nehmen, beschließt die FDP Berlin die folgenden nächsten
- 25 Schritte:
- 26 1. Der Landesvorstand legt zum ersten Landesausschuss nach dem 31.05.2022 einen
- 27 Bericht über die Erreichung der mit dem Bundesverband vereinbarten Ziele aus der
- 28 Zielvereinbarung zur Erhöhung der Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen
- 29 und Mandaten vor. Künftig wird fortlaufend und in jährlichem Abstand über die
- 30 Zielerreichung berichtet.
- 31 2. Aufbauend auf dem ersten Bericht über die Zielerreichung wird eine Evaluierung
- 32 der Zielvereinbarung mit dem Bundesverband vorgenommen. Das Ergebnis der

- 33 Evaluierung wird spätestens auf dem ersten Landesparteitag im Jahr 2023  
34 vorgestellt.
- 35 3. Nach der Evaluierung wird im ersten Halbjahr 2023 ein parteiöffentliches Forum  
36 zur Frauenförderung abgehalten, das gemeinsam mit dem Landesvorstand an der  
37 Weiterentwicklung der Zielvereinbarung mit dem Bundesverband zur Erhöhung der  
38 Repräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen und Mandaten arbeitet und eine  
39 Umsetzungsstrategie für den Landesverband Berlin erstellt. Ziele sollen künftig  
40 nicht über alle Parteiebenen hinweg, sondern für jede Parteigliederungsebene  
41 gesondert (konkrete Ziele für Landesvorstand sowie jeweilige Bezirks- und  
42 Ortsvorstände) festgelegt werden. Zusätzlich müssen Umsetzungsziele für die  
43 Anzahl weiblicher Delegierter zu den unterschiedlichen Parteigremien formuliert  
44 werden.
- 45 4. Gemeinsam mit den Liberalen Frauen Berlin schafft der Landesvorstand den „Ladies  
46 Lunch“ als regelmäßiges Veranstaltungsformat, das sich in erster Linie allgemein  
47 an weibliche Interessentinnen sowie an weibliche Mitglieder innerhalb der FDP  
48 Berlin richtet. Hierdurch wird der Beschluss „Frauenförderung in der FDP“ des  
49 Landesausschusses vom 20. April 2010 umgesetzt. Die Kosten für das Format trägt  
50 der Landesverband der FDP Berlin.
- 51 5. Der Landesverband Berlin wirkt durch die Berliner Vertreterinnen und Vertreter  
52 im Bundesvorstand darauf hin, dass auf Bundesebene die Zielvereinbarungen mit  
53 den Landesverbänden bis zum Bundesparteitag 2023 evaluiert werden. Gleichzeitig  
54 wird darauf hingewirkt, ein vergleichendes Monitoring zur Übersicht über die  
55 abgeschlossenen Zielvereinbarungen und die jeweilige Zielerreichung auf  
56 Bundesebene einzurichten.
- 57 6. Der Landesvorstand erarbeitet nach bayerischem Vorbild einen Vorschlag für einen  
58 Satzungsänderungsantrag, durch welchen Doppelspitzen in Vorständen auf allen  
59 Ebenen ermöglicht werden.

## Begründung

Erfolgt mündlich

### Anlagen und Quellen:

- Beschluss „Frauenförderung in der FDP“ des Landesausschusses vom 20. April 2010: <https://www.fdp-de/programmatik/frauenfoerderung-in-der-fdp/>
- Beschluss „Eine Partei für die offene Gesellschaft: vielfältig, innovativ und engagiert“ des Bundesparteitags vom 26. bis 28. April 2019: <https://www.fdp.de/beschluss/beschluss-des-70-ord-bundesparteitages-eine-partei-fuer-die-offene-gesellschaft>
- Für die bayerische Regelung zur Möglichkeit einer Doppelspitze siehe u.a. § 21 II a) (i) Landessatzung Bayern (in der zuletzt am 2. April 2022 geänderten Fassung): <https://www.fdp-bayern.de/satzung-co>

## Antrag A10: „Blau-Weiße Heimat“ für Hertha BSC

Laufende Nummer: 489

<b>Antragsteller*in:</b>	David Nicolas Jahn (FDP KV Reinickendorf Nord), Philipp Bauer (FDP KV Charlottenburg City), Felix Maximilian Recke-Friedrich (FDP KV Charlottenburg City), Timo Bergemann (FDP KV Reinickendorf Mitte-Süd), Mark Hamilton (FDP KV Charlottenburg City), Henner Schmidt (FDP KV Charlottenburg City), BV Charlottenburg-Wilmersdorf, OV Charlottenburg City, Junge Liberale Berlin, Sven Hilgers (FDP KV Wedding), Fabian Pfeil (FDP KV Charlottenburg West), Silke Radtke (FDP KV Wilmersdorf), Julian Philipp Laschek (FDP KV Britz/Buckow/Rudow), Volker Adams (FDP KV Charlottenburg West)
<b>Status:</b>	zugelassen
<b>Sachgebiet:</b>	A - Programmatik
<b>Entscheidung:</b>	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Die FDP Berlin begrüßt das Vorhaben von Hertha BSC, ein eigenes Fußballstadion in
- 2 Berlin zu bauen. Der Senat wird aufgefordert, das Stadionbauvorhaben konstruktiv zu
- 3 begleiten. Dies gilt insbesondere für die Prüfung eines möglichen Standortes auf dem
- 4 Areal der Friedrich-Friesen-Allee nördlich des Maifeldes.

### Begründung

Wie jedes Unternehmen hat auch der Bundesligist Hertha BSC ein Anrecht auf die eigenverantwortliche Ausgestaltung seines Geschäftsmodells. Seit 2008 bemüht sich der Verein Hertha BSC um eine reine Fußballarena. Das Olympiastadion mit seiner Leichtathletiklaufbahn hindert den Verein an der zeitgemäßen Ansprache von Fans, Besuchern und Gästen.

Von allen 78 Vereinen der europäischen Top-Ligen in England, Deutschland, Spanien und Frankreich ist Hertha BSC gemeinsam mit dem AS Monaco der einzige Erstligist, der in einem Leichtathletikstadion spielen muss. Im Jahr 1995/96 spielten beispielsweise noch 14 Bundesligavereine in Arenen mit Tartanbahn. Leider hat Berlin auch diesen globalen Trend nicht erkannt.

Wir unterstützen eines der führenden Berliner Unternehmen, welches einen Jahresumsatz von ca. 150 Millionen Euro erwirtschaftet und an Spieltagen über 1.000 Arbeitsplätze schafft, bei seinem Vorhaben, aus eigener Kraft weiter nachhaltig zu wachsen und der Sportstadt Berlin eine zeitgemäße Strahlkraft zu verleihen.

## Antrag L1: Unser Berlin gibt Perspektiven – Ein neues Grundsatzprogramm für die FDP Berlin

Laufende Nummer: 488

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Programmatik
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Diese Zeiten sind auch für unsere Stadt historisch. Nach Jahrzehnten des politischen
- 2 Stillstands und den Jahren der Pandemie fehlt es Berlin an vielem, vor allem jedoch
- 3 an einer Vision für die Zukunft der Menschen unserer Stadt, die Zuversicht
- 4 vermittelt.
- 5 Im Superwahljahr 2021 haben wir unseren Gestaltungsanspruch für Berlin mit einem
- 6 Regierungsprogramm untermauert. In diesem Jahr starten wir den Prozess für ein neues
- 7 Grundsatzprogramm. Denn wir wollen eine Perspektive über das Denken in
- 8 Legislaturperioden hinaus entwickeln.
- 9 *Woher wir kommen*
- 10 Seit 2004, dem Jahr, in dem wir Freie Demokraten Berlin unser aktuelles
- 11 Grundsatzprogramm vorgelegt haben, ist viel passiert. Unsere Stadt, das Land, die
- 12 Gesellschaft haben sich entscheidend verändert – aber auch unsere Partei.
- 13 Nach Jahren der außerparlamentarischen Opposition im Land und im Bund haben wir uns
- 14 mit der Diskussion um die Zukunft des Flughafen Tegel als ernst zu nehmender
- 15 Gesprächspartner in der politischen Landschaft Berlins zurückgemeldet. So gelang uns
- 16 2016 die Rückkehr in das Abgeordnetenhaus und in die Bezirksverordnetenversammlungen.
- 17 Mit unserer Oppositionsarbeit, die den Fokus ganz auf die funktionierende Stadt
- 18 gerichtet hat, haben wir zum Gesamterfolg unserer Partei im Jahr 2017 beigetragen.
- 19 Den Weg zu den Wahlen im Jahr 2021 haben wir genutzt, um unsere Vorstellung von einer
- 20 freiheitlichen und leistungsorientierten Bildungsgesellschaft zu formulieren. Für uns
- 21 sind individueller sozialer Aufstieg und gesellschaftlicher Fortschritt zwei Seiten
- 22 derselben Medaille. Damit haben wir den programmatischen Kontrast zur rot-rot-grünen
- 23 Mehrheit im Abgeordnetenhaus von Berlin geboten.
- 24 Während wir auf Bundesebene eine Fortschrittskoalition mit SPD und Bündnis 90/ Die
- 25 Grünen verhandeln konnten, mussten wir während der Sondierungsgespräche in Berlin
- 26 feststellen, dass die auf Fortschritt für die Bundeshauptstadt ausgerichteten Kräfte
- 27 in der Sozialdemokratie sich nicht haben durchsetzen können. Das Ergebnis ist ein
- 28 weiteres Mal eine Koalition des „Weiter-so“, die die für alle sichtbaren Missstände
- 29 der Stadt weiter schönredet.
- 30 *Eine neue Perspektive für eine neue Zeit*



31 Die Fortschrittskoalition im Bund und die Stillstandkoalition in Berlin prägen die  
32 Ausgangslage für das nächste Jahrzehnt. Wir stellen uns der Aufgabe, diese Spannung  
33 in nützliche Energie für Berlin umzuwandeln.

34 Die neuen 20er-Jahre können prägend für Berlin werden, vor allem aufgrund der  
35 andauernden und aktuellen Herausforderungen: der Wohnungsmangel, die Krise der  
36 Infrastruktur und des Bildungswesens, das Aufgabechaos und der Rückstand in der  
37 Digitalisierung der Verwaltung und erst recht der wirtschaftliche Wiederaufbau nach  
38 der Pandemie und die Auswirkungen neuer geopolitischer Konflikte.

39 Diese Herausforderungen werden wir meistern, wenn wir die Offenheit für Ideen und den  
40 Mut zur Erneuerungen stärken, wirtschaftliche Potenziale nutzen und die Möglichkeiten  
41 der Stadt ausschöpfen. Dazu brauchen wir grundsätzliche Veränderungsbereitschaft,  
42 ideologische Grabenkämpfe auf Kosten der Gesellschaft müssen ein Ende haben.

43 *Grundsätze, Visionen und Arbeitsstil*

44 Wir wollen positive Perspektiven für Berlin eröffnen und bestehenden sowie kommenden  
45 Herausforderungen besser begegnen. Daher nimmt der Landesverband die Arbeit an einem  
46 neuen Grundsatzprogramm auf, welches im Jahr 2024 fertig gestellt werden soll.

47 Dieses Grundsatzprogramm wird in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der FDP, ihren  
48 Fachausschüssen und Mandatsträgern sowie der Stadtgesellschaft entwickelt und vom  
49 Landesvorstand koordiniert. In bewährten und neuen Beteiligungsformaten werden wir so  
50 ein Grundsatzprogramm erarbeiten, das drei Aufgaben erfüllt:

- 51 • Liberale Grundsätze erklären: Unsere Politik leitet sich aus einem gemeinsamen  
52 Wertegerüst ab. Unser Leitwert ist die individuelle Freiheit jedes einzelnen  
53 Menschen, dessen Würde alles politische Handeln verpflichtet ist. Liberale leben  
54 Freiheit in Verantwortung und nehmen ihre Verpflichtung zur Verantwortung für  
55 sich und andere wahr. Im ersten Teil des Grundsatzprogramms werden wir den  
56 Liberalismus nicht neu erfinden. Aber wir werden die Prinzipien der Freiheit und  
57 ihrer Bedeutung für das politische Handeln erklären.
- 58 • Liberale Politik für die Hauptstadtregion identifizieren: Liberale leiten die  
59 Lösung für alle politischen Herausforderungen von einem geteilten Kanon von  
60 Werten und Idealen ab. Deshalb werden wir im zweiten Teil des Grundsatzprogramms  
61 die Vision für eine Hauptstadt als Zentrum der Metropolregion Berlin-Brandenburg  
62 im Jahr 2040 programmatisch ausbuchstabieren und Entwicklungspfade zur Umsetzung  
63 deutlich machen.
- 64 • Liberalen Arbeitsstil weiterentwickeln: Unser Anspruch und unsere Prinzipien  
65 finden sich auch im innerparteilichen Beteiligungs-, Meinungsbildungs- und  
66 Entscheidungsprozess wieder. Dazu denken wir die organisatorischen Grundsätze  
67 der Partizipation, Projektsteuerung und Problemlösung, projekt- und  
68 zielorientierte Kooperation mit Akteuren der Stadtgesellschaft und neuen Formen  
69 der Mitgliedschaft als Einstieg in eine dauerhafte Mitwirkung neu. Wir  
70 entwickeln einen Arbeitsstil, der inklusiv, integrativ und innovativ ist.

71 Wir wollen nicht weniger als ein Leitbild für unsere Stadt entwickeln, das über die  
72 nächste Legislaturperiode hinausgeht. Dafür brauchen wir vor allem unsere Mitglieder.

- 73 Diese Programmdebatte ist aber auch eine Einladung an all jene, denen die Berliner  
74 Freiheit in Verantwortung am Herzen liegt. Ihnen rufen wir zu: Bringen Sie sich mit  
75 Ihren Ideen in unseren Grundsatzprogrammprozess ein und lassen Sie uns gemeinsam  
76 Berlin zur Metropole der Zukunft machen.  
77 Unser Berlin gibt Perspektiven.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.